

SVP trickst bei den Zahlen

Das Bundesamt für Energie kritisiert die irreführenden Berechnungen

giegesetz



NEIN zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand: Unternehmen werden neben teurem Strom auch durch höhere Benzin- und Ölpreise zur Kasse gebeten. Darunter leidet die Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und unsere Gewerbe. **NEIN zum Verlust von Wohlstand und Arbeit:** Ebenso wird der Konsum eingeschränkt, da Familien pro Jahr 3'200 Franken mehr für Strom, Benzin und Heizkosten ausgeben müssen statt z.B. dafür in den Ferien zu reisen. Auch das kostet Arbeitsplätze im Tourismus und Detailhandel.

Drückt auf die Tränenrüst: Referendumsbogen

Bern Auf dem SVP-Referendumsbogen gegen das Energiegesetz zeigt ein Foto ein weinendes Kind. Dazu die Frage: «Keine Ferien mehr?» Die Schweizer Durchschnittsfamilie soll künftig nicht mehr verreisen können, so die Botschaft.

Die SVP spricht von Mehrkosten pro Familie von 3200 Franken. Die SonntagsZeitung hat nachgerechnet: In Wahrheit liegt der Aufpreis für einen vierköpfigen Haushalt bei maximal 150 Franken pro Jahr – also 2000 Prozent oder 20-mal weniger, als die SVP angibt.

Fakt ist: Das Parlament hat beschlossen, zum Schutz des Klimas den Strompreis um 0,8 Rappen und die CO₂-Abgabe um insgesamt 150 Millionen Franken zu erhöhen. Das führt zu höheren Kosten, aber nicht in dem Ausmass, wie es die SVP behauptet.

Die Rechnung geht so: Eine Schweizer Durchschnittsfamilie verbraucht pro Jahr rund 5000 Kilowattstunden Strom. Mit den zusätzlichen 0,8 Rappen pro Kilowattstunde kostet das am Ende des Jahres 40 Franken mehr. Die SVP spricht aber von 150 Franken, also fast dem Vierfachen. Sie rechnet nämlich mit 3 Rappen Aufschlag statt mit den vom Parlament beschlossenen 0,8 Rappen.

Und die zusätzlichen 150 Millionen Franken als CO₂-Abgabe kosten jeden Einwohner 18 Franken pro Jahr. Für die vierköpfige Familie, welche die SVP als Beispiel nimmt, verteilt sich die Rechnung damit um weitere 72 Franken. Zusammen mit den 40 Franken für den Stromzuschlag kostet das Energiegesetz die Familie also 112 Franken mehr pro Jahr – maximal 150 Franken, sollte der Stromverbrauch höher liegen.

Benzinpreisaufschlag von 67 Rappen pro Liter hätte im Parlament keine Chance

Wie also kommt die SVP auf 3200 Franken? Sie wendet dafür einen Trick an. Obwohl sich das Referendum gegen das im Parlament beschlossene Gesetz richtet, verwendet sie zur Berechnung der Kosten rein spekulativen Szenarien. Marianne Zünd vom Bundesamt für Energie (BFE) sagt: «Was der Gesetzgeber als nächstes Paket oder nächste Pakete zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 beschließen wird, wissen wir nicht, und das weiss auch die SVP nicht. Sie fantasiiert also über eine mögliche zweite Phase der Energiestrategie 2050, die jedoch noch in keiner Weise konkretisiert ist, geschweige denn vom Parlament beraten oder gutgeheissen wurde.»

So behauptet die SVP, die Benzinkosten würden sich künftig für eine Familie um horrende 2000 Franken pro Jahr erhöhen. Sie redet von einem Benzinpreisaufschlag von 67 Rappen pro Liter. Doch dies ist im Energiegesetz nicht einmal Thema und hätte im Parlament auch keine Chance.

Übertrieben sind auch die Kosten für den Ausbau des Stromnetzes. Dieser kostet über 100 Milliarden Franken, steht in den Referendumserunterlagen. Auch dies hat das Parlament mit dem aktuellen Gesetz nicht beschlossen. Tatsächlich steht es zur Diskussion – nur sehen die Zahlen anders aus. «Die Kosten dafür liegen bis 2050 zwischen 14 und 18 Milliarden Franken, das sind rund 500 Millionen Franken pro Jahr», sagt Marianne Zünd vom BFE. Also rund ein Fünftel von dem, was die SVP behauptet.

Die SVP sieht keine Irreführung der Bürger. Die Befürworter der Energiestrategie 2050 versuchten die enormen Kosten zu vertuschen, heisst es. Das Projekt, welches sich über mehrere Phasen erstreckte, müsse bereits zu Beginn gestoppt werden. SVP-Präsident Albert Rösti sagt: «Die Angaben des Bundesamtes für Energie sind unlauter. Damit lassen sich die im neuen Energiegesetz vorgegebenen Ziele, insbesondere die enorme Einsparung von 43 Prozent des heutigen Energieverbrauchs, niemals erreichen.»

Catherine Boss



Blick in den Nationalratssaal: Bei Abstimmungen kommt es zu wechselnden Mehrheiten
Foto: EQ Images

Politohr

Alec von Graffenreid von der Grünen Freien Liste (GFL) ist betroffen: Die Berner FDP-Politikerin **Claudine Esseiva** will ihn nämlich nicht als

Stadtpräsidenten. Die zurücktretende Generalsekretärin der freisinnigen Frauen will lieber eine Präsidentin an der Spitze der Bundesstadt, also SP-Frau **Ursula Wyss**. Wie der «Bund» berichtete, soll sich von Graffenreid deswegen bei Esseiva's Freundin, FDP-Nationalrätin **Christa Markwalder**, beschwert haben. Und bei wem motzt von Graffenreid, wenn auch das Berner Wahlvolk lieber Wyss will?

Der Tessiner Ständerat **Filippo Lombardi** (CVP) feiert Weihnachten auf Twitter mit einem sehr blauen Baum. Es darf gerätselt werden: Ist der Präsident des HC Ambri-Pontta auch in der spielfreien Weihnachtszeit Obersportler seines Vereins? Oder kommentiert der Mann mit diesbezüglich einschlägigen Erfahrungen die 1,92-Promille-Blau-fahrt seiner Politik-Kollegin und SVP-Nationalrätin **Céline Amaudruz**?

Im Kanton Graubünden funktioniert die Demokratie etwas anders als im Rest der Schweiz: CVP-Nationalrat **Martin Candinas** ist diese Woche vom Kanton einfach zum Regierungsrat bestimmt worden – Wahlen fanden keine statt.

Auf Twitter hat Candinas einen A-Post-Brief veröffentlicht, der sich versehentlich an Martin Candinas, Regierungsrat, in Räuber richtet. Tatsächlich sind Wahlen aufwendig und teuer, aber so schnell sollte es auch nicht gehen. Zudem würden sich die «Südostschweiz» und das «Bündner Tagblatt» wohl auch weiterhin über ein paar zusätzliche Einnahmen durch Wahlserate freuen, bevor der Regierungsrat bestimmt ist. Wobei: Das Herz des Bündner Nationalrats Candinas schlägt ohnehin fast ausschliesslich für die öffentlich-rechtliche SRG.



Der Rechtsrutsch war nur ein Rütschlein

Eine Auswertung der Parlamentsabstimmungen zeigt: Die FDP ist die neue Führungspartei. Wichtiges wird mit den Stimmen der Linken beschlossen. Die SVP ist isoliert

Denis von Burg und Barnaby Skinner

Bern Der Rechtsrutsch in den Wahlen von Oktober 2015 hat im Parlament nicht voll durchgeschlagen. Das zeigt eine Auswertung sämtlicher Nationalratsabstimmungen seit Beginn der laufenden Legislatur. Unter Führung der FDP werden Kompromisse im Detail zwar etwas weiter rechts gefunden. Aber am Ende werden die Vorlagen immer wieder von einer Koalition aus FDP-Mitte und SP getragen und verabschiedet. Die FDP hat die CVP als grosse Mehrheitsmacherin abgelöst. Die SVP bleibt dagegen weiterhin isoliert und kann Grundsatzentscheide gar noch seltener als früher nach ihrem Willen und gegen die Stimmen der Linken beeinflussen.

Klar ist: Über alle 1131 ausgewerteten Abstimmungen von Dezember 2015 bis Dezember 2016 haben die bürgerlichen Parteien ihren Einfluss im Nationalrat im Vergleich zur Periode Dezember 2011 bis Dezember 2012 gestiegen. Allen voran die FDP. Stimmen der Nationalräte in 72 Prozent der Fälle mit der Mehrheit, waren sie nach den Wahlen gar mit 79 Prozent der abgegebenen Stimmen für Atomkraftwerke abgestimmt. Ein fixer Abschalttermin für Atomkraftwerke wurde von der SVP eingefordert und damit an der Gestaltung einer Vorlage nach ihren Vorstellungen be-

teiligt. Das gilt auch für die SVP, die mit 61 Prozent ihrer Stimmen (letzte Legislatur 57 Prozent) an den Mehrheiten beteiligt war. Die Linke dagegen kämpft über alles geschenkt noch ofters als in der vergangenen Legislatur ohne Erfolg.

«Bürgerlicher Schulterschluss» fand nur in Teilbereichen statt

Das ist allerdings nur die halbe Wahrheit: Geht es ans Eingemachte, bleibt die SVP aussen vor. Müssen die Parteien in den Gesamt-abstimmungen den in Detailfragen ausgehandelten Kompromiss zustimmen oder diesen ablehnen, haben die SVP-Vertreter nur noch einen geringen Einfluss. FDP und vor allem die noch stärker zwischen links und rechts mäandrierenden Mitteparteien CVP und GLP sind die grossen Mehrheitsmacher. Aber auch SP und Grüne stehen mit über 80 Prozent ihrer Stimmen auf der Seite der Sieger. Die SVP bringt es nur noch auf 53 Prozent.

Die Energiestrategie ist der Paradefall für das neue Entscheidungsmuster: Unter Druck von FDP und SVP wurde die Vorlage entschärft und bürgerlicher gemacht: Subventionen für erneuerbare Energien wurden zurückgestutzt. Ein fixer Abschalttermin für Atomkraftwerke wurde von der SVP eingefordert und damit an der Gestaltung einer Vorlage nach ihren Vorstellungen be-

Die zehn Erfolgreichsten in den Gesamtabstimmungen*

	CVP	OW	97,7 %
Bourgeois Jacques	FDP	FR	96,2 %
Humbel Ruth	CVP	AG	95,4 %
Cassio Ignazio	FDP	TI	95,4 %
Hiltbold Hugues	FDP	GE	95,4 %
Weibel Thomas	GLP	ZH	94,6 %
Guhl Bernhard	BDP	AG	94,6 %
Gschwind Jean-Paul	CVP	JU	94,6 %
Lohr Christian	CVP	TG	94,6 %

Die zehn Erfolglosen in den Gesamtabstimmungen*

	SVP	ZH	36,2 %
Stahl Jürg	SVP	ZH	37,7 %
Reimann Lukas	SVP	SG	39,2 %
Hess Erich	SVP	BE	40,0 %
Schwander Pirmin	SVP	SZ	41,5 %
Brunner Toni	SVP	SG	43,8 %
Heer Alfred	SVP	ZH	44,6 %
Frehner Sebastian	SVP	BS	45,4 %
Aeschli Thomas	SVP	ZG	45,4 %
Dettling Marcel	SVP	SZ	46,2 %

* Lesebeispiel: In den Gesamtabstimmungen der laufenden Session hat Nationalrat Karl Vogler von der CVP-Fraktion zu 97,7 Prozent mit der Mehrheit gestimmt.

Die fünf Fraktionstreuesten

Anzahl Abweichungen von der Fraktion	Name	Partei	Kanton
4	Barrile Angelo	SP	ZH
5	Wermuth Cédric	SP	AG
5	Schenker Silvia	SP	BS
6	Arslan Sibyl	Grüne	BS
6	Feri Yvonne	SP	AG

Sieger in den Gesamtabstimmungen

Beispiel: In den Gesamtabstimmungen der laufenden Session haben CVP-Nationalräte zu 91 Prozent mit der Mehrheit gestimmt



Sieger in allen Abstimmungen

Beispiel: In den Abstimmungen der laufenden Session haben FDP-Nationalräte zu 79 Prozent mit der Mehrheit gestimmt



und FDP der Vorlage zum Durchbruch verhalfen. Verlierer war die SVP. Sie hatte vergleichbar darauf gehofft, im Schlusschluss mit der FDP die Vorlage kippen zu können.

Freisinnige Nationalräte agierten am erfolgreichsten

SP-Strategie Christoph Blocher musste nach dem ersten Jahr mit dem neuen Parlament schon mehrmals feststellen: «In den wichtigen Fragen werden wir in die Opposition verbannt.» Der einst von den Präsidenten von FDP, CVP und SP beschlossene «bürgerlicher Schulterschluss» sei eine Illusion.

Zwar werden Agrar-, Steuer- und Armeefragen weiterhin und verstärkt unter Anführung von FDP und SVP nach dem Gusto von Mitte-rechts entschieden. In manchen Spardebatten ziehen FDP und SVP teilweise ein eigentliches Powerplay auf. Anderorts aber wird die SVP weiterhin in die Opposition gewiesen, und Entscheide fallen mit der Unterstützung der Linken.

So ist der Versuch, die AHV mit einer Rentenaltererhöhung zu reformieren, schon längst wieder ad acta gelegt worden. Und weil die FDP öfter nicht mit der SP nach rechts schielt, wurde nicht nur die Energiestrategie, sondern auch der Inländervorrang als Umsetzung der Masseneinwanderungsinstitution erledigt. Die SVP, die ihren Rechtskurs nach den Wahlen noch einmal akzentuiert hat, isoliert sich in wichtigen Fragen weiter. Die 10 erfolglosen Nationalräten haben allesamt das SVP-Parteibüchlein. Am wenigsten zu sagen hat Roger Köppel, der vor einem Jahr mit einem Rekordresultat als neuer SVP-Strategie nach Bern geschickt wurde – seine Revolution ist bisher ausgeblieben.

Generation mit den Stimmen von FDP, Mitte und der Linken ins Ziel gebracht.

Handhabe gegen Dreck-Diesel gefunden

Bundesrat könnte Zulassung neuer Autos aussetzen – konform mit EU-Abkommen

Bern Während der Abgasskandal in den USA, aber auch in Europa hohe Wellen wirft und der deutsche Fahrzeughersteller VW Autos umstritten oder zurückgenommen muss, passiert hierzulande nichts. Der Bund gibt zwar zu, dass Emissionsvorschriften oft nur auf dem Präsentstand eingehalten werden. Aber wie der Bundesrat sagt, könne die Schweiz wegen eines gegenseitigen Abkommen mit der EU nicht eigenständig gegen die Autohersteller vorgehen.

Das sieht CSP-Nationalrat Karl Vogler anders. Mit einem Vorstoß, den er in der WinterSession eingereicht hat, will der Obwaldner die Landesregierung dazu bringen, die Zulassung von dreckigen Diesel-Autos zu sistieren. Denn anders als auch das Bundesamt für Straßen gegenüber dem «Kassenurst» behauptet habe, könnte genau jenes vom Bundesrat ins Feld geführte Abkommen dazu dienen, die Inverkehrsetzung von neuen Fahrzeugen für «höchstens sechs Monate» zu untersagen, wenn diese die Umwelt oder die öffentliche Gesundheit ernsthaft gefährdeten.

Schliesslich hätten die Manipulationen bei uns besonders grosse Auswirkungen, argumentiert Vogler. Denn laut verschiedenen Berichten funktionieren die Diesel-Abgasreinigungen oberhalb einer bestimmten Meereshöhe und unter einer Temperatur von